



11. Dez. 1989

2340

Uebereinkommen zwischen der EG und den EFTA-Staaten über die Schaffung eines Informationsaustauschverfahrens auf dem Gebiet der technischen Vorschriften

Aufgrund des Antrages des EVD vom 7. Dezember 1989

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird  
beschlossen:

1. Das Uebereinkommen über die Schaffung eines Informationsaustauschverfahrens auf dem Gebiet der technischen Vorschriften wird genehmigt.
2. Im Hinblick auf das Ministertreffen vom kommenden 19. Dezember in Brüssel wird der Vorsteher des EVD oder ein von ihm bezeichneter Stellvertreter ermächtigt, das Uebereinkommen unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die notwendigen Vollmachten auszustellen.

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	8	-
	X	EDI	6	-
	X	EJPD	4	-
	X	EMD	4	-
	✓	EFD	7	-
X		EVD	5	-
	✓	EVED	6	-
	X	BK	3	-
		EFK		
		Fin.Del.		

Für den getreuen Auszug  
 der Protokollführer:



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2520.1 EG

Bern, den 7- Dezember 1989



An den Bundesrat

**Unterzeichnung des Uebereinkommens zwischen der EG und den  
 EFTA-Staaten über die Schaffung eines Informationsaustauschver-  
 fahrens auf dem Gebiet der technischen Vorschriften**

---

Mit zwei Bundesbeschlüssen vom 22. und 23. Juni 1988 haben die Eidgenössischen Räte ein EFTA-Notifikationsverfahren für Entwürfe von technischen Vorschriften genehmigt und den Bundesrat ermächtigt, in eigener Kompetenz ein analoges Uebereinkommen mit der EG abzuschliessen. Ein entsprechendes Uebereinkommen soll nun am Rande der Ministerkonferenz zwischen den EG- und den EFTA-Staaten vom kommenden 19. Dezember in Brüssel unterzeichnet werden.

Das Ziel solcher Notifikationsverfahren ist es, bei der Erarbeitung von technischen Vorschriften über die Landesgrenzen hinweg für Transparenz zu sorgen, um so der Entstehung neuer technischer Handelshemmnisse wenn immer möglich vorzubeugen.

Das vorliegende Uebereinkommen beruht auf einem Brückenschlag zwischen den jeweiligen internen Notifikationsverfahren der EG und der EFTA. Es stellt einen wichtigen Schritt im Hinblick auf die Schaffung eines einheitlichen gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes dar.



Der Umfang der Notifikationspflicht für die vom Bund erlassenen Vorschriften erfährt keine unmittelbare Änderung. Es ist indessen vorgesehen, das Uebereinkommen später auf Vorschriften betreffend Produktionsverfahren und -methoden auszudehnen.

Im Unterschied zum heute geltenden EFTA-Notifikationsverfahren sollen künftig auch die Entwürfe von technischen Vorschriften der Kantone der Notifikationspflicht unterstellt werden. Mit Beschluss vom 2. Oktober 1989 hat daher der Bundesrat das EVD ermächtigt, eine bis zum 17. November dauernde Vernehmlassung bei den Kantonen durchzuführen. Bis zum 30. November sind total 21 Antworten eingegangen, in denen die Bestrebungen zum Abbau technischer Handelshemmnisse ausnahmslos begrüsst wurden. Siebzehn Kantone bzw. Halbkantone (ZG, BE, SH, GE, BS, OW, SZ, NW, TI, LU, TG, SO, VD, NE, AI, AR, AG) haben dem Uebereinkommen vorbehaltlos zugestimmt. Die Kantone Zürich, Freiburg, und Basel-Land wünschten, vor der Ausdehnung der Notifikationspflicht auf Vorschriften betreffend Produktionsverfahren und -methoden nochmals angehört zu werden. Da diesbezügliche Konsultationen im Hinblick auf die spätere Erweiterung des Uebereinkommens ohnehin vorgesehen sind, kann diesem Anliegen ohne weiteres entsprochen werden. Einzig der Kanton St. Gallen hegte Befürchtungen, dass das im Uebereinkommen vorgesehene Notifikationsverfahren innerstaatlich auf den Entzug kantonaler Rechtssetzungskompetenzen durch den Bund hinauslaufen könnte und verlangte daher, seitens der Schweiz auf eine Stärkung der Stellung der Kantone im Uebereinkommen hinzuwirken. Dies ist unseres Erachtens weder angezeigt - die Schweiz müsste die Wiederaufnahme der Verhandlungen verlangen - noch erforderlich. Die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen beim Vollzug des Uebereinkommens ist eine Frage der Ausgestaltung der innerstaatlichen Ausführungsvorschriften. Dabei kann den Anliegen dieses Kantones weitestgehend Rechnung getragen werden.

Die Anwendbarkeit des Uebereinkommens auf die Kantone ergibt sich aus Artikel 1 des Uebereinkommens sowie insbesondere aus einer diesen Artikel präzisierenden Gemeinsamen Erklärung. In dieser Erklärung wird festgehalten, dass hinsichtlich der Auslegung der in Artikel 1 enthaltenen Definitionen Einigkeit



zwischen den Vertragsparteien besteht, dass alle Entwürfe von technischen Vorschriften der Notifikationspflicht unterliegen, ausgenommen jene, die von einem Gemeinwesen der untersten Hierarchiestufe d.h. den Gemeinden erlassen werden. Da diese mit der EG-internen Auslegung übereinstimmende Interpretation in der EG in einem vertraulichen Ratsprotokoll festgehalten ist, hat die EG darauf bestanden, dass auch die einen integralen Bestandteil des Uebereinkommens bildende Gemeinsame Erklärung vertraulich bleibt.

Aus dieser vertraulichen Erklärung geht ferner hervor, dass die EFTA-Staaten das vorliegende Uebereinkommen erst ratifizieren werden, nachdem sie die einschlägigen Bestimmungen in der EFTA-Konvention sowie in den entsprechenden nationalen Vorschriften dahingehend geändert haben, dass sie mit denjenigen des vorliegenden Uebereinkommens übereinstimmen. Damit will namentlich die EG sicherstellen, dass das vorliegende Uebereinkommen von allem Anfang an eine Brücke zwischen tatsächlich gleichwertigen Notifikationsverfahren schlägt. Landesintern sind dazu keine Anpassungen nötig, die eine Gesetzesänderung erforderten.

Da das im Juni 1988 genehmigte EFTA-Notifikationsverfahren den Einbezug der Kantone nicht vorsah, reicht die mit Bundesbeschluss vom 23. Juni 1988 dem Bundesrat erteilte Ermächtigung nicht aus, um das vorliegende Uebereinkommen in eigener Kompetenz zu ratifizieren. Es soll daher den Eidgenössischen Räten im Rahmen des Aussenwirtschaftsberichts 1989 zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die folgenden Bundesstellen wurden im Vorverfahren begrüsst:

- Direktion für Völkerrecht des EDA
- Finanz- und Wirtschaftsdienst des EDA
- Generalsekretariat EDI
- Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft
- Amt für Bundesbauten
- Bundesamt für Gesundheitswesen
- Bundesamt für Sozialversicherung
- Schweiz. Unfallversicherungsanstalt Luzern



- Generalsekretariat EJDP
- Bundesamt für Justiz
- Bundesamt für Polizeiwesen
- Eidg. Amt für Messwesen
- Eidg. Alkoholverwaltung
- Generalsekretariat EVED
- Bundesamt für Verkehr
- Bundesamt für Zivilluftfahrt
- Bundesamt für Energiewirtschaft
- Generaldirektion PTT
- Generaldirektion SBB

Die eingegangenen Aenderungsanträge wurden berücksichtigt; es verbleiben keine Divergenzen.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES  
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Beilagen:

- Entwurf des Beschlusspositivs
- Uebereinkommen über die Schaffung eines Informationsaustauschverfahrens auf dem Gebiet der technischen Vorschriften (E/D/F/I)

N.B. Die provisorische Uebersetzung des Uebereinkommenstextes aus der englischen Verhandlungssprache in die drei Amtssprachen D, F, I wird zur Zeit noch mit der EG-Kommission bereinigt.

Zum Mitbericht an:

- Eidg. Departement für Auswärtige Angelegenheiten
- Eidg. Departement des Innern
- Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
- Eidg. Militärdepartement
- Eidg. Finanzdepartement
- Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement

Protokollauszug an:

- EDA (2)
- EDI (6)
- EJPD (4)
- EMD (2)
- EFD (3)
- EVED (6)

TRADE AGREEMENT LAYING DOWN A PROCEDURE FOR  
THE EXCHANGE OF INFORMATION IN THE  
FIELD OF TECHNICAL REGULATIONS

Uebereinkommen zwischen der EG und den EFTA-Staaten über die  
Schaffung eines Informationsaustauschverfahrens auf dem Gebiet  
der technischen Vorschriften

---

Aufgrund des Antrages des EVD vom 7. Dezember 1989

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das Uebereinkommen über die Schaffung eines Informationsaustauschverfahrens auf dem Gebiet der technischen Vorschriften wird genehmigt.
2. Im Hinblick auf das Ministertreffen vom kommenden 19. Dezember in Brüssel wird der Vorsteher des EVD oder ein von ihm bezeichneter Stellvertreter ermächtigt, das Uebereinkommen unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die notwendigen Vollmachten auszustellen.

Für den getreuen Auszug  
der Protokollführer:

*Handwritten notes:*  
A - EVD  
TTC  
FOP - A



DRAFT AGREEMENT LAYING DOWN A PROCEDURE FOR

THE EXCHANGE OF INFORMATION IN THE

FIELD OF TECHNICAL REGULATIONS

The European Economic Community, on the one hand, and the Republic of Austria, the Republic of Finland, the Republic of Iceland, the Kingdom of Norway, the Kingdom of Sweden and the Swiss Confederation, herein- after referred to as the EFTA Member States, on the other hand, all the above being hereinafter collectively referred to as the Contracting Parties,

HAVING REGARD TO the Free Trade Agreements between the European Economic Community and the EFTA Member States, and in particular to the aims set out in Article 1 of each of these Agreements,

HAVING REGARD TO the information procedures on technical regulations ap- plied within the European Economic Community, on the one hand, and within the European Free Trade Association (EFTA), on the other hand,

CONSIDERING the commitment of the EFTA Member States and the European Economic Community to realize a dynamic European Economic Space,

CONSIDERING the ongoing co-operation between the European Economic Com- munity and the Member States of the European Free Trade Association in the field of technical barriers to trade and the common understanding reached within the framework of that co-operation to link together the two information procedures,

./.

Handwritten notes: # A - EFTA, # M.B. TUC, # FOP A

HAVE AGREED as follows :

Article 1

For the purpose of the present Agreement, the following definitions shall apply:

- "technical specification": a specification contained in a document which lays down the characteristics required of a product, such as levels of quality, performance, safety or dimensions, including the requirements applicable to the product as regards terminology, symbols, testing and test methods, packaging, marking or labelling;
- "technical regulation": technical specifications, including the relevant administrative provisions, the observance of which is compulsory, *de jure* or *de facto*, in the case of marketing or use in a Member State or a major part thereof, except those laid down by local authorities;
- "draft technical regulation": the text of a technical specification including administrative provisions, formulated with the aim of enacting it or of ultimately having it enacted as a technical regulation, the text being at a stage of preparation at which substantial amendments can still be made;
- "product": industrially manufactured goods and all agricultural products, including fish products.

gnr & H - GH  
 HH Mrs. TK  
 SÖP A



Article 2

The Community shall notify the EFTA Member States, through the EFTA Council, of the draft technical regulations notified to it by its Member States, in accordance with the relevant Community legislation.

Article 3

The EFTA Member States shall likewise, through the EFTA Council, notify the Community of the draft technical regulations notified within EFTA in accordance with the relevant EFTA provisions.

A - B/A

qu \$  
HK  
UB. TU  
501 A

Handwritten notes and signatures in the bottom right corner, including a large 'W' and other illegible marks.

Article 4

A full text of the draft technical regulation notified shall be made available in the original language as well as in a full translation into one of the official languages of the European Economic Community.

Article 5

Where appropriate, a full text in the original language of the basic legislative or regulatory provisions principally and directly concerned shall also be communicated, should knowledge of such text be necessary in order to assess the implications of the draft technical regulation notified.

Article 6

Each Contracting Party may ask for further information on a draft technical regulation notified in accordance with this Agreement.

Article 7

The Community and the EFTA Member States may make comments upon the drafts communicated. The comments of the EFTA Member States shall be forwarded by the EFTA Council to the Commission of the European Communities (hereinafter called "the Commission") in the form of a single coordinated communication and the comments of the Community shall be forwarded by the Commission to the EFTA Council. The Contracting Parties shall, when a six-month standstill is invoked according to the rules of their respective internal systems for an exchange of information, inform each other thereof in a similar manner.

Handwritten notes and signatures at the bottom of the page, including initials like "HT", "TK", and "A", and some illegible scribbles.



Article 8

The competent authorities shall postpone the adoption of draft technical regulations notified for three months from the date of receipt of the text of the draft regulation

- by the Commission in case of drafts notified by Member States of the Community,
- by the EFTA Council for drafts notified by the EFTA Member States.

Article 9

However, this standstill period of three months shall not apply in those cases where, for urgent reasons relating to the protection of public health or safety, the protection of health and life of animals or plants, the competent authorities are obliged to prepare technical regulations in a very short space of time in order to enact and introduce them immediately without any consultations being possible. The reasons which warrant the urgency of the measures taken shall be given. The justification for urgent measures shall be detailed and clearly explained with particular emphasis on the unpredictability and the seriousness of the danger confronting the concerned authorities as well as the absolute necessity for immediate action to remedy it.

Article 10

The final text in the original language of the technical regulation shall also be communicated.

Handwritten notes and signatures at the bottom of the page:

- At - E/H
- gaw
- HH
- MB.
- TAC
- roy
- AS

Article 11

The administrative arrangements for the above mentioned notifications are detailed in the Annex, which forms an integral part of this Agreement.

Article 12

Information supplied under this Agreement shall be considered as confidential upon request. However, both the Community and the EFTA Member States may, provided that the necessary precautions are taken, consult for an expert opinion natural or legal persons, including persons in the private sector.

Article 13

The Contracting Parties shall, within the framework of the established co-operation between experts of the Community and the EFTA Member States in the field of technical barriers to trade, hold regular consultations both to ensure the satisfactory functioning of the procedure laid down in this Agreement and to exchange views on the comments which have been submitted by any Contracting Party concerning a draft technical regulation notified in accordance with this Agreement. Furthermore, by common consent, the Contracting Parties may hold additional ad hoc meetings to deal with specific cases of particular interest to any Contracting Party.

Article 14

The present Agreement shall be extended to the notification of draft technical regulations concerning processes and production methods as soon as the Contracting Parties have notified each other that the necessary internal procedures have been carried out to this end.

Handwritten signatures and initials at the bottom left of the page, including a large 'H' and 'A' and other scribbles.

./.



Article 15

The present Agreement is concluded for an initial trial period of two years, after which the Agreement will either be subject to a joint review, or be renewed for a further period to be determined.

Article 16

A Contracting Party may withdraw from this Agreement provided that it gives six months' notice in writing to the other Contracting Parties.

H - [Handwritten signature]

gw \$  
H Mrs. TR  
Fey A

Article 17

1. This Agreement shall enter into force on 1 July 1990 provided that the Contracting Parties before that date have deposited their instruments of acceptance with the General Secretariat of the Council of the European Communities, which shall act as depository.

2. If this Agreement does not enter into force on 1 July 1990, it shall do so on the first day of the second month following the deposit of the last instrument of acceptance.

3. The depository shall notify the date of the deposit of the instrument of acceptance of each Contracting Party and the date of the entry into force of this Agreement.

A - [Handwritten signature]

[Handwritten marks on the right margin]

Article 18

The present Agreement shall be extended to the notification of draft technical regulations concerning processes and production...

[Handwritten notes and signatures at the bottom left]



ANNEX

Article 18

This Agreement, which is drawn up in a single copy in the Danish, Dutch, English, French, German, Greek, Italian, Portuguese, Spanish, Finnish, Icelandic, Norwegian and Swedish languages, all texts being equally authentic, shall be deposited in the archives of the Secretariat of the Council of the European Communities, which shall deliver a certified copy thereof to each Contracting Party.

Handwritten signature or initials.

Handwritten notes on the left margin: "AH - KR", "M", "D", "10/13", "10/13".

\* \* \* \* \*

Faint handwritten notes and signatures at the bottom of the page.

ANNEX

Under the Agreement the following communications by electronic means are considered necessary:

- 1) Notification slips. They may be communicated before or together with the transmission of the full text.
- 2) Acknowledgement of receipt of draft text, containing inter alia, the relevant expiry date of the standstill determined according to the rules of each system.
- 3) Messages requesting supplementary information.
- 4) Answers to requests for supplementary information.
- 5) Comments
- 6) Requests for ad hoc meetings
- 7) Answers to requests for ad hoc meetings.
- 8) Requests for final texts.
- 9) Information that a six-month standstill has been called.

The following communications may, for the time being, be transmitted by normal mail:

- 10) The full text of the draft notified.
- 11) Basic legislative text or regulatory provisions.
- 12) The final text.

The communications 1-9 shall be given in one of the official languages of the European Economic Community.

Administrative arrangements concerning the communications, notably the exact set-up of the notification numbers and codes as well as details of other communications shall be jointly agreed by the Contracting Parties.

H - EWA  
 gw  
 H. M. 72  
 H. 50/ A



CONFIDENTIAL

JOINT DECLARATION CONCERNING THE AGREEMENT  
LAYING DOWN A PROCEDURE FOR THE EXCHANGE OF  
INFORMATION IN THE FIELD OF  
TECHNICAL REGULATIONS

-----

1. It is understood between the Contracting Parties to the Agreement that the EFTA Member States shall amend the definition of "technical regulation" in the relevant provisions of the EFTA Convention so as to comply with Article 1 of the Agreement.
  
2. It is further understood that, for the purposes of Article 1 of the Agreement, "technical regulations laid down by a local authority", are those adopted by an administrative body with competence equivalent to that of a municipality, i.e. at the lowest level of the administrative decision-making structure, and the validity of which is limited to the territory of that authority. It follows that, in the case of states with a federal structure, the authorities of the constituent entities of the Federation shall not be considered as "local authorities" for this purpose.
  
3. The EFTA Member States shall deposit their instruments of acceptance with the depository only after having brought their relevant national rules into line with the revised provisions of the EFTA Convention as outlined above, and after having notified the other Contracting Parties of the measures taken.

-----

H - EJA  
 gw  
 H  
 W.B. TK  
 Joy  
 AV

Brussels, 14 July 1989

AGREED MINUTES

of the negotiations for an agreement laying down a procedure for the exchange of information in the field of technical regulations.

1. It is understood that, at the moment of signature, the European Economic Community will make the following statement:

"The European Economic Community will not deposit its instrument of acceptance before the instruments of acceptance of all EFTA Member States have been received by the depository."

2. Furthermore, it is agreed that efforts will be made on all sides for all Contracting Parties to deposit their instruments of acceptance simultaneously.

FOR THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY

Eire Alyn

Hakkar

FOR THE REPUBLIC OF AUSTRIA

Gy Wein

FOR THE REPUBLIC OF FINLAND

Taru Koivula

FOR THE REPUBLIC OF ICELAND

Tommas Pjipsson

FOR THE KINGDOM OF NORWAY

Kari K. Kvald

FOR THE KINGDOM OF SWEDEN

Antje

Agnete Vestersted

FOR THE SWISS CONFEDERATION

Hestig



*Provisorische Uebersetzung*

Uebereinkommen zur Schaffung eines Informationsaustausch-  
verfahrens auf dem Gebiet der Technischen Vorschriften

---

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einerseits, und die Republik Oesterreich, die Republik Finnland, die Republik Island, das Königreich Norwegen, das Königreich Schweden und die Schweizerische Eidgenossenschaft, nachstehend die EFTA-Länder genannt, andererseits,

nachfolgend als die Vertragsparteien bezeichnet,

gestützt auf die Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den EFTA-Ländern, insbesondere auf die Ziele von Artikel 1 dieser Abkommen,

gestützt auf die Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und in der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) andererseits,

in Erwägung, dass sich die EFTA-Länder und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Schaffung eines dynamischen Wirtschaftsraums in Europa verpflichtet haben,

in Erwägung der derzeitigen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation auf dem Gebiet der technischen Handelshemmnisse und der im Rahmen dieser Zusammenarbeit getroffenen Vereinbarung, die beiden Informationsverfahren miteinander zu verbinden,

sind wie folgt übereingekommen:

## Artikel 1

In diesem Uebereinkommen gelten folgende Begriffsbestimmungen:

- "Technische Spezifikation": Spezifikation, die in einem Dokument enthalten ist, das Merkmale eines Erzeugnisses festlegt, wie Qualitätsstufen, Gebrauchstauglichkeit, Sicherheit oder Abmessungen, einschliesslich der Festlegungen über Terminologie, Symbole, Prüfung und Prüfverfahren, Verpackung, Kennzeichnung oder Beschriftung.
- "Technische Vorschrift": Technische Spezifikationen einschliesslich der einschlägigen Verwaltungsvorschriften, deren Beachtung de jure oder de facto für die die Vermarktung oder Verwendung in einem Mitgliedstaat oder in einem grossen Teil des Staates verbindlich ist, ausgenommen die von Lokalbehörden festgelegten technischen Spezifikationen.
- "Entwurf einer technischen Vorschrift": Text einer technischen Spezifikation einschliesslich der Verwaltungsvorschriften, der in der Absicht ausgearbeitet worden ist, diese Spezifikation letztlich als technische Vorschrift festzulegen oder festlegen zu lassen, und der sich in einem Stadium der Ausarbeitung befindet, in dem noch wesentliche Aenderungen möglich sind.
- "Erzeugnis": Alle Industrieerzeugnisse, alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie Fische und andere Meeresprodukte.

## Artikel 2

Die Gemeinschaft notifiziert den EFTA-Ländern durch den EFTA-Rat alle Entwürfe technischer Vorschriften, die ihr durch ihre Mitgliedstaaten in Uebereinstimmung mit den einschlägigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft notifiziert werden.



### Artikel 3

Desgleichen notifizieren die EFTA-Länder durch den EFTA-Rat der Gemeinschaft alle in der EFTA in Uebereinstimmung mit den einschlägigen EFTA-Bestimmungen notifizierten Entwürfe technischer Vorschriften.

### Artikel 4

Der volle Wortlaut des notifizierten Entwurfs einer technischen Vorschrift ist in der Originalsprache sowie in einer vollständigen Uebersetzung in eine der Amtssprachen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorzulegen.

### Artikel 5

Gegebenenfalls ist auch der volle Wortlaut der hauptsächlich und unmittelbar betroffenen grundlegenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Originalsprache zu übermitteln, sofern die Kenntnis dieser Texte für die Beurteilung der Tragweite des notifizierten Entwurfes erforderlich ist.

### Artikel 6

Jede Vertragspartei kann zusätzliche Informationen zu einem nach diesem Uebereinkommen notifizierten Entwurf einer technischen Vorschrift verlangen.

### Artikel 7

Die Gemeinschaft und die EFTA-Länder können zu den notifizierten Entwürfen Bemerkungen vorbringen. Die Bemerkungen der EFTA-Länder werden der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (nachstehend "Kommission" genannt) vom EFTA-Rat in Form einer einzigen, koordinierten Mitteilung zugestellt; die Bemerkungen der Gemeinschaft werden dem EFTA-Rat von der Kommission übermittelt. Nehmen die Vertragsparteien aufgrund ihrer internen Informationsaustauschverfahren eine Stillhaltefrist von sechs Monaten in Anspruch, so teilen sie dies einander auf die gleiche Weise mit.

### Artikel 8

Die Annahme einer technischen Vorschrift durch die zuständigen Behörden wird um drei Monate verschoben, vom Zeitpunkt an gerechnet, an welchem der betreffende Entwurf

- bei der Kommission, im Falle von Entwürfen, die die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft notifiziert haben, bzw.
- beim EFTA-Rat, im Falle von Entwürfen, die die EFTA-Länder notifiziert haben

eingegangen ist.

### Artikel 9

Die Stillhaltefrist von drei Monaten gilt jedoch nicht, wenn die zuständigen Behörden aus dringenden Gründen, die den Schutz der Gesundheit von Personen und Tieren, den Schutz von Pflanzen oder die Sicherheit betreffen, gezwungen sind, ohne Möglichkeit vorheriger Konsultationen in kürzester Frist technische Vorschriften auszuarbeiten, um sie unverzüglich zu erlassen und durchzuführen. Die Gründe für die Dringlichkeit solcher Massnahmen sind anzugeben. Die Begründung dringender Massnahmen ist ausführlich und klar zu formulieren, wobei insbesondere die Unvorhersehbarkeit und der Ernst der Gefahrensituation sowie die absolute Notwendigkeit einer unverzüglichen Abhilfe herauszustellen sind.

### Artikel 10

Der endgültige Wortlaut der technischen Vorschrift in Originalsprache wird gleichfalls übermittelt.

### Artikel 11

Die Verwaltungsvereinbarungen für die obenerwähnten Notifikationen sind im Anhang festgelegt, der einen integralen Bestandteil dieses Uebereinkommens darstellt.



### Artikel 12

Die im Rahmen dieses Uebereinkommen gelieferten Informationen werden auf Verlangen vertraulich behandelt. Die Gemeinschaft und die EFTA-Länder können jedoch unter Anwendung der nötigen Vorsichtsmassnahmen natürliche und juristische Personen, die auch dem Privatsektor angehören können, als Sachverständige anhören.

### Artikel 13

Im Rahmen der bestehenden Zusammenarbeit zwischen Sachverständigen der Gemeinschaft und der EFTA-Länder auf dem Gebiet der technischen Handelshemmnisse führen die Vertragsparteien regelmässige Konsultationen durch, um das ordnungsgemässe Funktionieren des in diesem Uebereinkommen festgelegten Informationsverfahrens sicherzustellen und einen Meinungs austausch über die gegebenenfalls von den Vertragsparteien vorgebrachten Bemerkungen zu einem nach diesem Uebereinkommens notifizierten Entwurf einer technischen Vorschrift vorzunehmen. Im gegenseitigen Einvernehmen können die Vertragsparteien ferner zusätzliche ad-hoc-Tagungen einberufen, um Fälle, die für eine Vertragspartei von besonderem Interesse sind, zu behandeln.

### Artikel 14

Dieses Uebereinkommen wird auf Notifikationen von Entwürfen technischer Vorschriften über Produktionsverfahren und -methoden ausgedehnt, sobald die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die hierfür erforderlichen internen Verfahren abgeschlossen sind.

### Artikel 15

Dieses Uebereinkommen wird zunächst für einen Versuchszeitraum von zwei Jahren abgeschlossen; danach wird das Uebereinkommen entweder einer gemeinsamen Ueberprüfung unterzogen oder um einen noch zu bestimmenden weiteren Zeitraum verlängert.

## Artikel 16

Jede Vertragspartei kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten durch schriftliche Mitteilung von diesem Uebereinkommen zurücktreten.

## Artikel 17

Dieses Uebereinkommen tritt am 1. Juli 1990 in Kraft, sofern die Vertragsparteien bis zu diesem Datum ihre Annahmeerkunden bei dem als Depositar fungierenden Sekretariat des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt haben.

Tritt dieses Uebereinkommen nicht am 1. Juli 1990 in Kraft, so tritt es am ersten Tag des zweiten Monats nach Hinterlegung der letzten Annahmeerkunde in Kraft.

Der Depositar notifiziert das Datum der Hinterlegung der Annahmeerkunde einer jeden Vertragspartei und das Datum des Inkrafttretens dieses Uebereinkommens.

## Artikel 18

Dieses Uebereinkommen ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, spanischer, finnischer, isländischer, norwegischer und schwedischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermassen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.



Anhang

Im Rahmen des Uebereinkommens gelten folgende Mitteilungen durch elektronische Post als notwendig:

- 1) Kurzmitteilungen. Diese können vor oder gleichzeitig mit dem vollständigen Text übermittelt werden.
- 2) Bestätigung des Eingangs des Entwurfes, in der unter anderem angegeben ist, wann die nach Massgabe des jeweiligen Verfahrens festgelegte Stillhaltefrist abläuft.
- 3) Anfragen nach zusätzlichen Informationen.
- 4) Antworten auf Anfragen nach zusätzlichen Informationen.
- 5) Bemerkungen.
- 6) Anträge auf Einberufung von ad-hoc-Tagungen.
- 7) Antworten auf Anträge auf Einberufung von ad-hoc-Tagungen.
- 8) Ersuchen um Uebermittlung des endgültigen Textes.
- 9) Mitteilung, dass eine sechsmonatige Stillhaltefrist in Anspruch genommen wurde.

Die folgenden Mitteilungen können vorerst mit normaler Post gemacht werden:

- 10) Der vollständige Text des notifizierten Entwurfes.
- 11) Grundlegende Rechts- und Verwaltungsvorschriften.
- 12) Der endgültige Text.

Die Mitteilungen 1 bis 9 erfolgen in einer der Amtssprachen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Verwaltungsvereinbarungen über die Mitteilungen, insbesondere die genaue Gestaltung der Nummern und Codes der Mitteilungen so wie Einzelheiten sonstiger Mitteilungen, werden von den Vertragsparteien gemeinsam getroffen.

Die Vertragsparteien sind verpflichtet, bis zum 1. Juli 1990 in Kraft zu treten

die Vertragsparteien bis zu diesem Datum ihre Vertragsvereinbarungen

über die Mitteilungen des Abkommens des Europäer, in dem unter

den Vertragsparteien ist, wenn die nach Maßgabe des Abkommens

die Vertragsvereinbarungen nicht am 1. Juli 1990 in Kraft

treten, nach zureichenden Informationen

über die Vertragsvereinbarungen und die Vertragsvereinbarungen

der Vertragsvereinbarungen nicht am 1. Juli 1990 in Kraft

treten, nach zureichenden Informationen

über die Vertragsvereinbarungen und die Vertragsvereinbarungen

der Vertragsvereinbarungen nicht am 1. Juli 1990 in Kraft

treten, nach zureichenden Informationen

über die Vertragsvereinbarungen und die Vertragsvereinbarungen

der Vertragsvereinbarungen nicht am 1. Juli 1990 in Kraft

treten, nach zureichenden Informationen

über die Vertragsvereinbarungen und die Vertragsvereinbarungen

der Vertragsvereinbarungen nicht am 1. Juli 1990 in Kraft

treten, nach zureichenden Informationen

über die Vertragsvereinbarungen und die Vertragsvereinbarungen

der Vertragsvereinbarungen nicht am 1. Juli 1990 in Kraft

treten, nach zureichenden Informationen

über die Vertragsvereinbarungen und die Vertragsvereinbarungen

der Vertragsvereinbarungen nicht am 1. Juli 1990 in Kraft

treten, nach zureichenden Informationen

über die Vertragsvereinbarungen und die Vertragsvereinbarungen

der Vertragsvereinbarungen nicht am 1. Juli 1990 in Kraft

treten, nach zureichenden Informationen

über die Vertragsvereinbarungen und die Vertragsvereinbarungen

der Vertragsvereinbarungen nicht am 1. Juli 1990 in Kraft

treten, nach zureichenden Informationen

über die Vertragsvereinbarungen und die Vertragsvereinbarungen



VERTRAULICH

GEMEINSAME ERKLAERUNG ZU DEM UEBEREINKOMMEN  
ZUR SCHAFFUNG EINES INFORMATIONSAUSTAUSCHVERFAHRENS  
AUF DEM GEBIET DER TECHNISCHEN VORSCHRIFTEN

---

1. Es besteht Einverständnis zwischen den Vertragsparteien dieses Uebereinkommens, dass die EFTA-Länder die Definition des Begriffs "Technische Vorschriften" in den einschlägigen Bestimmungen der EFTA-Konvention dahingehend ändern, dass sie Artikel 1 dieses Uebereinkommens entspricht.
2. Es besteht ferner Einverständnis, dass im Sinne von Artikel 1 des Uebereinkommens als "von Lokalbehörden erlassene technische Vorschriften" diejenigen gelten, die von einer Behörde eines Gemeinwesens der untersten Organisationsstufe, deren Zuständigkeitsbereich dem einer Gemeinde entspricht, erlassen werden und deren Gültigkeit auf das Gebiet dieser Behörde begrenzt ist. Daraus folgt, dass in Staaten mit föderalistischer Staatsstruktur, die die Föderation konstituierenden Behörden nicht als "Lokalbehörden" im Sinn dieses Uebereinkommens gelten.
3. Die EFTA-Länder hinterlegen ihre Annahmearkunden beim Depositar erst, wenn sie ihre einschlägigen nationalen Vorschriften an die so geänderten Bestimmungen der EFTA-Konvention angepasst und die anderen Vertragsparteien über die diesbezüglich getroffenen Massnahmen unterrichtet haben.

GENEHMIGTES PROTOKOLL

über die Verhandlungen für ein Uebereinkommen zur Schaffung  
eines Informationsaustauschverfahrens auf dem Gebiet der  
Technischen Vorschriften

---

1. Es besteht Einverständnis, dass die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bei der Unterzeichnung die folgende Erklärung abgeben wird:

"Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wird ihre Annahmeerkunde erst hinterlegen, wenn die Annahmeerkunden aller EFTA-Länder beim Depositar hinterlegt worden sind".

2. Ferner vereinbaren die Vertragsparteien, sich darum zu bemühen, dass ihre Annahmeerkunden gleichzeitig hinterlegt werden.

Geschehen zu Brüssel den 14. Juli 1989

Es folgen die Unterschriften.



ACCORD DEFINISSANT UNE PROCEDURE*Traduction provisoire*D'ECHANGE D'INFORMATION DANS LE DOMAINEDES REGLEMENTATIONS TECHNIQUES

La Communauté économique européenne d'une part, et

la République d'Autriche, la République de Finlande, la République d'Islande, le Royaume de Norvège, le Royaume de Suède et la Confédération suisse çï-après dénommés les Etats membres de l'AELE d'autre part,

çï-après dénommés collectivement les parties contractantes,

Vu les accords de libre-échange entre la Communauté économique européenne et les Etats membres de l'AELE et en particulier les objectifs fixés à l'article 1 de chacun de ces accords,

Vu les procédures d'information sur les règles techniques utilisées au sein de la Communauté économique européenne d'une part et au sein de l'Association européenne de libre-échange (AELE) d'autre part,

Considérant l'engagement des Etats membres de l'AELE et de la Communauté économique européenne de réaliser un Espace économique européen dynamique,

Considérant, la coopération existante entre la Communauté économique européenne et les Etats membres de l'Association européenne de libre-échange dans le domaine des obstacles techniques au commerce et la volonté commune exprimée dans le cadre de cette coopération de lier les deux procédures d'information,

Sont convenu des dispositions suivantes:

Article 1

Au sens du présent accord, on entend par :

" spécification technique " , la spécification qui figure dans un document définissant les caractéristiques requises d'un produit, telles que les niveaux de qualité ou de propriété d'emploi, la sécurité, les dimensions, y compris les prescriptions applicables au produit en ce qui concerne la terminologie, les symboles, les essais et méthodes d'essai, l'emballage, le marquage et l'étiquetage;



" règle technique " , les spécifications techniques, y compris les dispositions administratives qui s'y appliquent, dont l'observation est obligatoire, de jure ou de facto, pour la commercialisation ou l'utilisation dans un Etat membre ou dans une partie importante de cet Etat, à l'exception de celles fixées par les autorités locales ;

" projet de règle technique " , le texte d'une spécification technique, y compris des dispositions administratives, élaboré avec l'intention de l'établir ou de la faire finalement établir comme une règle technique, et se trouvant à un stade de préparation qui permet encore de lui apporter des amendements ;

" produit " , produits de fabrication industrielle, tous les produits agricoles, les produits de la pêche y compris .

### Article 2

La Communauté notifie aux Etats membres de l'AELE , par l'intermédiaire du Conseil de l'AELE, les projets de règles techniques notifiés par ses Etats membres conformément à la législation de la Communauté qui s'y applique.

### Article 3

Les Etats membres de l'AELE, de la même manière, notifient à la Communauté par l'intermédiaire du Conseil de l'AELE, les projets de règles techniques notifiés à l'intérieur de l'AELE, conformément aux dispositions de l'AELE qui s'y appliquent.

### Article 4

Le texte intégral du projet de règle technique doit être mis à disposition en langue originale ainsi qu'en traduction intégrale dans l'une des langues officielles de la Communauté économique européenne.



### Article 5

Si nécessaire, un texte intégral, dans la langue originale de la législation de base ou des dispositions légales qui s'y appliquent directement doit également être communiqué si la connaissance d'un tel texte est nécessaire afin d'évaluer les implications d'un projet de règle technique notifié.

### Article 6

Chaque partie contractante peut demander de plus amples informations sur un projet de règle technique notifié conformément à cet accord.

### Article 7

La Communauté ainsi que les Etats membres de l'AELE peuvent faire des observations sur les projets communiqués. Les observations des Etats membres de l'AELE doivent être transmises par le Conseil de l'AELE à la Commission des Communautés européennes (dénommée ci-après par la Commission) sous la forme d'une simple communication coordonnée alors que les observations de la Communauté doivent être transmises par la Commission au Conseil de l'AELE. Les parties contractantes doivent s'informer mutuellement de manière similaire si un report de six mois est demandé conformément aux règles de leur système interne respectif.

### Article 8

Les autorités compétentes reportent l'adoption d'un projet de règle technique notifié de trois mois à compter de la date de réception du texte du projet de règle

par la Commission en cas de projets notifiés par les Etats membres de la Communauté,

par le Conseil de l'AELE pour les projets notifiés par les Etats membres de l'AELE.

### Article 9

Toutefois, cette période de report de trois mois n'est pas applicable dans les cas où, pour des raisons urgentes ayant trait à la protection de la santé des personnes et des animaux ou à la préservation des végétaux ou à la sécurité, les autorités compétentes sont obligées d'élaborer à très bref délai des règles techniques pour les arrêter et les instaurer aussitôt sans qu'une consultation soit possible. Les motifs qui justifient l'urgence des mesures adoptées doivent être indiqués. La justification des mesures urgentes doit être détaillée et expliquée clairement avec un accent particulier sur l'imprévisibilité et le sérieux du dan-



ger auquel l'autorité compétente est confrontée ainsi que sur la nécessité absolue d'une action immédiate pour y remédier.

#### Article 10

Le texte final dans la langue originale de la règle technique doit également être communiqué.

#### Article 11

Les arrangements administratifs pour les notifications mentionnées ci-dessus, sont détaillés dans l'annexe qui fait partie intégrante de cet accord.

#### Article 12

Les informations fournies sous cet accord sont classées confidentielles sur demande. Toutefois, la Communauté et les Etats membres de l'AELE peuvent, en prenant les précautions nécessaires, consulter pour expertise des personnes physiques ou morales pouvant relever du secteur privé.

#### Article 13

Les parties contractantes doivent, dans le cadre de la coopération établie entre les experts de la Communauté et les Etats membres de l'AELE, dans le domaine des obstacles techniques au commerce, tenir des consultations régulières à la fois pour assurer un fonctionnement satisfaisant de la procédure établie par cet accord et pour un échange de vues sur les observations émises par l'une des parties contractantes concernant un projet de règle technique notifié en conformité avec cet accord. En outre, par un accord commun, les parties contractantes peuvent tenir des séances ad'hoc supplémentaires afin de traiter des cas spécifiques d'un intérêt particulier pour l'une des parties contractantes.

#### Article 14

Le présent accord peut être élargi à la notification de projets de règle technique concernant les procédés et les méthodes de production dès que les parties contractantes se seront notifiées mutuellement que les procédures internes nécessaires à cette fin ont été accomplies .



### Article 15

Le présent accord est conclu pour une période d'essai initiale de deux ans, après laquelle cet accord sera soit réexaminé en commun soit renouvelé pour une nouvelle période à déterminer.

### Article 16

Une partie contractante peut se retirer de cet accord, moyennant un préavis de six mois adressé par écrit aux autres parties contractantes.

### Article 17

1. Cet accord entre en vigueur le 1 juillet 1990, pour autant que les parties contractantes déposent leurs instruments d'acceptation avant cette date auprès du Secrétariat général du Conseil des Communautés européennes qui fait office de dépositaire.

2. Si cet accord n'entre pas en vigueur le 1 juillet 1990, il entrera en vigueur le premier jour du second mois suivant le dépôt du dernier instrument d'acceptation.

3. Le dépositaire notifie la date du dépôt de l'instrument d'acceptation de chaque partie contractante et la date d'entrée en vigueur de cet accord.

### Article 18

Le présent accord, qui est établi en un exemplaire unique en langues allemande, anglaise, danoise, espagnole, française, grecque, italienne, néerlandaise, portugaise, finnoise, islandaise, norvégienne et suédoise, chaque texte faisant également foi, est déposé dans les archives du Secrétariat général du Conseil des Communautés européennes, qui en adresse une copie conforme à chaque partie contractante.

Annexe

*Dans le cadre de cet accord, la transmission électronique des communications suivantes est considérée nécessaire:*

- 1) Formulaires de notification. Ils peuvent être communiqués avant ou en même temps que le texte intégral.
- 2) Accusé de réception d'un projet de texte, contenant notamment la date d'échéance du délai de report déterminé conformément aux règles de chaque système.
- 3) Messages demandant des informations supplémentaires.
- 4) Réponses aux demandes d'informations supplémentaires.
- 5) Observations.
- 6) Demandes de réunions ad'hoc.
- 7) Réponses aux demandes de réunion ad'hoc.
- 8) Demandes de textes finaux.
- 9) Information qu'un délai de report de six mois a été demandé.

*Les communications suivantes peuvent pour l'instant être transmises par courrier normal:*

- 10) Le texte intégral du projet notifié.
- 11) Le texte législatif de base ou les dispositions légales.
- 12) Le texte final.

Les communications 1-9 sont transmises dans l'une des langues officielles de la Communauté économique européenne.

Les arrangements administratifs concernant les communications, notamment l'établissement exact des numéros et des codes de notification ainsi que les détails d'autres communications sont convenus d'entente entre les parties contractantes.



Confidentiel

Déclaration commune concernant l'accord définissant une procédure d'échange d'information dans le domaine des réglementations techniques

1. Il est convenu entre les parties contractantes de cet accord que les Etats membres de l'AELE amenderont la définition de règle technique figurant dans les dispositions de la Convention de l'AELE afin de se conformer à l'article 1 de cet accord.
2. Il est également convenu dans le sens de l'article 1 de l'accord, que "les règles techniques fixées par une autorité locale" sont celles adoptées par une entité administrative dont la compétence équivaut à celle d'une municipalité, c'est-à-dire au niveau le plus bas de l'échelle de décision administrative et dont la validité est limitée au territoire de cette autorité. Il en résulte que dans un état fédératif, les autorités des entités constituant la fédération ne doivent pas, dans ce sens, être considérées comme des autorités locales.
3. Les Etats membres de l'AELE déposent leurs instruments d'acceptation auprès du dépositaire uniquement après avoir rendu leurs dispositions nationales concernées conforme aux dispositions révisées de la Convention de l'AELE comme mentionné ci-dessus, et après avoir notifié, aux autres parties contractantes, les mesures prises.

## Procès-Verbal

### des négociations de l'accord fixant une procédure d'échanges d'information dans le domaine des réglementations techniques.

1. Il est convenu, qu'au moment de la signature la Communauté économique européenne fera la déclaration suivante :

" La Communauté économique européenne ne déposera pas ses instruments d'acceptation avant que les instruments d'acceptation de tous les Etats membres de l'AELE n'aient été reçus par le dépositaire " .

2. En outre, il est convenu que des efforts seront entrepris par toutes les parties contractantes afin de déposer leurs instruments d'acceptation simultanément.

Bruxelles le 14 juillet 1989.

Suivent les signatures des parties contractantes.



*Traduzione provvisoria*

Accordo che stabilisce la procedura per gli scambi di informazioni nel settore delle norme tecniche

---

La Comunità economica europea, da un lato, e la Repubblica d'Austria, la Repubblica di Finlandia, la Repubblica d'Islanda, il Regno di Norvegia, il Regno di Svezia e la Confederazione elvetica, in appresso denominati "Stati EFTA", dall'altro, qui di seguito denominati collettivamente "parti contraenti",

Visti gli accordi di libero scambio tra la Comunità e gli Stati EFTA, in particolare gli obiettivi di cui all'articolo 1 di ciascuno di detti accordi,

Viste le procedure di informazione sulle norme tecniche applicate nella Comunità economica europea, da un lato, e all'interno dell'Associazione europea di libero scambio (EFTA) dall'altro,

Considerando che gli Stati EFTA e la Comunità economica europea si sono impegnati a realizzare uno spazio economico europeo dinamico;

Considerando l'attuale cooperazione tra la Comunità economica europea e gli Stati membri dell'Associazione europea di libero scambio nel settore degli ostacoli tecnici agli scambi e l'intesa raggiunta in tale ambito per collegare le due procedure di informazione,

hanno deciso quanto segue:

### Articolo 1

Ai fini del presente accordo, si applicano le seguenti definizioni:

- "specifiche tecniche": definiscono le caratteristiche richieste per un prodotto, quali i livelli di qualità, le prestazioni, la sicurezza o le dimensioni, comprese le prescrizioni applicabili per quanto riguarda la terminologia, i simboli, le prove ed i metodi di prova, l'imballaggio, la marchiatura e l'etichettatura;
- "norme tecniche": specifiche tecniche, comprese le disposizioni amministrative che ad esso si applicano, la cui osservanza è obbligatoria de jure o de facto per la commercializzazione o l'utilizzazione in uno Stato membro o in una parte consistente di esso, ad eccezione di quelle stabilite dalle autorità locali;
- "progetto di norma tecnica": il testo di una specifica tecnica, comprendente anche le disposizioni amministrative, elaborato nell'intento di adottarlo o di farlo adottare come norma tecnica, e che si trova in una fase preparatoria nella quale è ancora possibile apportare modifiche di rilievo;
- "prodotti": i prodotti di fabbricazione industriale e tutti i prodotti agricoli, compresi quelli della pesca.

### Articolo 2

La Comunità informa gli Stati EFTA, tramite il Consiglio EFTA, dei progetti di norme tecniche ad essa notificati dagli Stati membri, a norma della legislazione comunitaria in materia.

### Articolo 3

Parimenti, gli Stati EFTA informano la Comunità, tramite il Consiglio EFTA, dei progetti di norme tecniche notificati a norma delle disposizioni EFTA in materia.



Articolo 4

Il testo integrale del progetto di norma tecnica notificato viene reso disponibile nella lingua originale, nonché nella traduzione completa in una delle lingue ufficiali della Comunità economica europea.

Articolo 5

Se del caso, viene trasmesso anche il testo integrale, nella lingua originale, delle disposizioni legislative o regolamentari di base più pertinenti, qualora esso sia necessario per valutare le applicazioni del progetto di norma tecnica notificato.

Articolo 6

Ciascuna delle parti contraenti può chiedere ulteriori informazioni in merito ad un progetto di norma tecnica, a norma del presente accordo.

Articolo 7

La Comunità e gli Stati EFTA possono inoltre fare osservazioni in merito ai progetti trasmessi. Dette osservazioni vengono presentate dal Consiglio EFTA alla Commissione delle Comunità europee (in appresso denominata "Commissione"), sotto forma di un'unica comunicazione, mentre le osservazioni della Comunità vengono esposte dalla Commissione al Consiglio EFTA. Qualora una delle parti intenda chiedere una dilazione di sei mesi conformemente al proprio sistema interno per gli scambi di informazioni, essa ne informa le altre secondo una procedura analoga.

Articolo 8

Le autorità competenti rinviando l'adozione dei progetti di norme tecniche notificati per tre mesi dalla data in cui essi vengono ricevuti:

- dalla Commissione, per i progetti notificati dagli Stati membri della Comunità,
- dal Consiglio EFTA, per i progetti notificati dagli Stati EFTA.

#### Articolo 9

Tuttavia, questa dilazione di tre mesi non si applica qualora, per motivi impellenti di tutela della pubblica sanità, della sicurezza o della salute e della vita di animali e piante, le autorità competenti siano costrette ad elaborare norme tecniche in un lasso di tempo estremamente limitato onde adottarle e farle applicare immediatamente, precludendo ogni possibilità di consultazioni. In tal caso, i motivi che giustificano l'urgenza delle misure adottate devono essere spiegati chiaramente, insistendo in modo particolare sull'imprevedibilità e sulla gravità del pericolo a cui devono far fronte le autorità interessate, nonché sull'assoluta necessità di porvi rimedio.

#### Articolo 10

Viene inoltre notificato il testo definitivo della norma tecnica nella lingua originale.

#### Articolo 11

Le disposizioni amministrative concernenti le summenzionate notifiche figurano nell'allegato, che costituisce parte integrante del presente accordo.

#### Articolo 12

Su richiesta, le informazioni fornite a norma del presente accordo vengono considerate riservate. Tuttavia, purché siano prese le necessarie precauzioni, la Comunità e gli Stati EFTA possono richiedere il parere di persone fisiche o giuridiche specializzate, comprese quelle che operano nel settore privato.



Articolo 13

Le parti contraenti si consultano a scadenze regolari, nell'ambito della cooperazione tra esperti della Comunità e degli Stati EFTA nel settore degli ostacoli tecnici al commercio, onde garantire il corretto funzionamento della procedura stabilita nel presente accordo e discutere le eventuali osservazioni formulate da ciascuno di esse in merito ad un progetto di norma tecnica notificato a norma dell'accordo. Inoltre, le parti contraenti possono tenere, di concerto, riunioni ad hoc per discutere di questioni specifiche che interessino particolarmente una di esse.

Articolo 14

Il presente accordo verrà esteso alla notifica dei progetti di norme tecniche relativi ai metodi di produzione e di trasformazione non appena le parti contraenti si saranno notificate a vicenda l'avvenuto espletamento delle necessarie procedure interne.

Articolo 15

Il presente accordo è concluso per un periodo iniziale di prova di due anni, al termine de quale l'accordo potrà essere riesaminato congiuntamente oppure rinnovato per un ulteriore periodo da determinarsi.

Articolo 16

Ciascuna delle parti contraenti può recedere dal presente accordo a condizione di informarne per iscritto le altre parti contraenti con un anticipo di sei mesi.

### Articolo 17

1. Il presente accordo entra in vigore il 1° luglio 1990 purché, prima di questa data, le parti contraenti abbiano depositato gli strumenti di accettazione presso il segretariato generale del Consiglio delle Comunità europee, che fungerà da depositario.
2. Qualora il presente accordo non dovesse entrare in vigore il 1° luglio 1990, esso entrerà in vigore il primo giorno del secondo mese successivo al deposito dell'ultimo strumento di accettazione.
3. Il depositario notificherà la data di deposito dello strumento di accettazione di ciascuna parte contraente, nonché la data di entrata in vigore del presente accordo.

### Articolo 18

Il presente accordo, redatto in esemplare unico in lingua danese, francese, greca, inglese, italiana, olandese, portoghese, spagnola, tedesca, finlandese, islandese, norvegese e svedese, ciascun testo facente ugualmente fede, è depositato negli archivi del Segretario generale del Consiglio della Comunità europee il quale ne consegna una copia autentica a ciascuna Parte contraente.



ALLEGATO

Ai sensi dell'accordo, si ritengono necessarie le seguenti comunicazioni per via elettronica:

- 1) Errori di notifica. Possono essere comunicati prima o nel momento della trasmissione del testo integrale.
- 2) Ricevuta del progetto di testo contenente, tra l'altro, la data di scadenza della dilazione concessa secondo le modalità di ciascun sistema.
- 3) Messaggi che richiedono ulteriori informazioni.
- 4) Risposte alle richieste di ulteriori informazioni.
- 5) Osservazioni.
- 6) Richieste di riunioni ad hoc.
- 7) Risposte alle richieste di riunioni ad hoc.
- 8) Richieste di testi definitivi.
- 9) Avviso che è stata concessa una dilazione di sei mesi.

Le seguenti comunicazioni possono, per il momento, essere trasmesse per posta normale:

- 10) Testo integrale del progetto notificato.
- 11) Testo legislativo di base o disposizioni regolamentari.
- 12) Testo definitivo.

Le comunicazioni da 1 a 9 verranno effettuate in una delle lingue della Comunità economica europea.

Le parti contraenti concorderanno le disposizioni amministrative relative alle comunicazioni, in particolare l'esatta posizione dell'errore di notifica, i numeri e i codici di notifica, nonché i particolari relativi ad altre comunicazioni.

RISERVATO

DICHIARAZIONE COMUNE RELATIVA ALL'ACCORDO CHE STABILISCE  
LA PROCEDURA PER GLI SCAMBI DI INFORMAZIONI NEL SETTORE  
DELLE NORME TECNICHE

---

1. Le parti contraenti dell'accordo decidono che gli Stati EFTA modificheranno la definizione di "norma tecnica" che figura nelle pertinenti disposizioni della convenzione EFTA, in modo che essa sia conforme all'articolo 1 dell'accordo.

2. Viene inoltre deciso che, ai sensi dell'articolo 1 dell'accordo, le "norme tecniche stabilite dalle autorità locali" sono quelle adottate da un ente amministrativo le cui competenze equivalgono a quelle di un comune, vale a dire al livello più basso della struttura decisionale amministrativa, e la cui validità è circoscritta al territorio di competenza della suddetta autorità. Ne consegue che, per gli Stati a struttura federale, le autorità delle entità che costituiscono la federazione non vanno considerate "autorità locali" a questo riguardo.

3. Gli Stati EFTA consegnano gli strumenti di accettazione al depositario soltanto dopo aver reso le loro norme nazionali conformi alle disposizioni della convenzione EFTA oggetto della sopraindicata revisione e dopo aver notificato le misure adottate alle altre parti contraenti.



11 DEC 1989

Bruxelles, 14 luglio 1989

## VERBALE CONCORDATO

dei negoziati dell'accordo che stabilisce la procedura per gli scambi di informazioni nel settore delle norme tecniche

1. Rimane inteso che, all'atto della firma, la Comunità economica europea dichiarerà quanto segue:

" La Comunità economica europea non depositerà il suo strumento di accettazione fintanto che il depositario non avrà ricevuto gli strumenti di accettazione di tutti gli Stati EFTA".

2. Rimane altresì inteso che tutte le parti contraenti faranno il possibile per depositare contemporaneamente i loro strumenti di accettazione.

*seguono le firme*